

15. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Oktober 2020, und Donnerstag, dem 8. Oktober 2020

Inhalt

Aktuelle Stunde

Tarifverhandlungen und Warnstreiks: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen Aufwertung und Anerkennung – auch als Konsequenz aus der Pandemie

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE)	1937
Abgeordneter Schäck (FDP)	1938
Abgeordneter Jürgewitz (AfD)	1940
Abgeordnete Aulepp (SPD)	1940
Abgeordneter Eckhoff (CDU)	1942
Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	1944
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE)	1944
Staatsrat Dr. Hagen	1945

Zuständigkeitschaos beenden – Sexueller Gewalt gegen Kinder entschieden entgegnetreten

Abgeordneter Röwekamp (CDU)	1946
Abgeordnete Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)	1949
Abgeordneter Lenkeit (SPD).....	1951
Abgeordnete Bergmann (FDP)	1953
Abgeordneter Janßen (DIE LINKE).....	1954
Abgeordnete Bergmann (FDP)	1956
Senatorin Stahmann	1957
Abgeordneter Röwekamp (CDU)	1959

Zukunft der Pilotinnen- und Pilotenausbildung der Lufthansa am Luftfahrtstandort Bremen

Abgeordneter Güngör (SPD)	1961
Abgeordnete Wischhusen (FDP)	1963

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE).....	1964
Abgeordnete Grobien (CDU)	1965
Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	1966
Bürgermeister Dr. Bovenschulte	1967

Auschwitz-Birkenau und andere KZ- Gedenkstätten im Ausland in der Covid- 19-Pandemie unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juli 2020 (Drucksache 20/550)

	1968
--	------

Bremisches Ausführungsgesetz zu § 30 Absatz 2 des Infektionsschutzgesetzes Mitteilung des Senats vom 22. September 2020 (Drucksache 20/616)

	1968
--	------

Beilagung der Bremischen Bürgerschaft zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der CDU und der FDP vom 6. Oktober 2020 (Drucksache 20/645)

	1969
--	------

Rassismus entschieden entgegnetreten – Landesaktionsplan gegen Rassismus erstellen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 1. Juli 2020 (Drucksache 20/527)

eng genug oder befürchten Sie, dass wir eine größere Grauzone haben?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Also, es sind ja verschiedene Behörden – die Abfallbehörde, der Zoll – daran beteiligt. Es können natürlich immer nur Stichproben gezogen werden. Wir beiden kennen das Thema vom Elektroschrott. Das ist ja ein ähnliches Problem. Insofern wäre es immer wünschenswert, wenn es noch enghaschiger kontrolliert werden könnte.

Präsident Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Senatorin, sie verweisen ja darauf, dass die maßgeblichen neuen Schritte von der EU-Ebene kommen müssen, dass die EU für 2021 Maßnahmen plant, dass eine Bund-Länder-Gruppe da mit hineinwirke, Bremen wiederum in der Bund-Länder-Gruppe den Sachverstand einbringt. Lässt sich denn schon absehen, welche substantziellen Verbesserungen oder Änderungen es geben wird, oder ist das noch unklar?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich kann Ihnen das im Detail nicht sagen, liefere das aber gerne nach, sobald wir da bessere Erkenntnisse haben. Für uns ist ja in Bremen das Ziel, weil wir ein Hafendienstort sind, möglichst wenig zu exportieren. Wenn wir exportieren – die Warenfreiheit und die europäischen gesetzlichen Regelungen wurden angesprochen –, wollen wir aber auch sichergehen können, dass das nur in Länder exportiert wird, die das nicht ins Meer hineinwerfen, sondern dann wirklich eine Wiederverwertung, ein Recycling vorziehen.

Ich glaube, ein wichtiger Bestandteil wird aber auch sein, auf den Bereich Wiederverwertung zu gehen. Wir haben ja das Problem, dass wir Verbundstoffe haben, die gar nicht sortenrein sind. Wir brauchen eigentlich eine viel höhere Recyclingsquote, da muss man gar nicht so viel Abfall exportieren, wenn man das selbst verwenden kann. Dafür brauchen wir eine Sortenreinheit, und das ist dort sicherlich auch ein wichtiger Punkt.

Präsident Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank!

**Anfrage 3: Stand der Planungen für den Neubau des Ausstellungsbereiches „Extremwetter“ im Klimahaus Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Raschen, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 11. September 2020**

Herr Kollege Raschen, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Raschen (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der Stand der Planungen für den Neubau des Ausstellungsbereiches „Extremwetter“ im Klimahaus Bremerhaven und wann ist mit der Vorlage der baufachtechnisch geprüften Bauunterlagen EW-Bau zu rechnen?

2. Inwieweit sind die in der Vorlage Nummer 19/645-L für die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 20. März 2019 geschätzten Umsetzungskosten in Höhe von 9,7 Millionen Euro für die Maßnahme noch aktuell und wie verteilen sich diese auf die verschiedenen Mittelgeber?

3. Inwieweit wurde für die anteiligen Landesmittel zur Umsetzung der Maßnahme in den Haushaltsentwürfen für die Jahre 2020 und 2021 beziehungsweise in der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung bis 2023 Vorsorge getroffen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird von Herrn Staatsrat Cordßen beantwortet.

Staatsrat Cordßen: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Zu Frage 1: Die Ergebnisse der Planungen der Leistungsphasen eins bis drei, die Planungsunterlage EW-Bau, wurden von der Bremerhavener Entwicklungsgesellschaft Alter/Neuer Hafen GmbH erarbeitet. Die Planungsergebnisse wurden in der 40. Kalenderwoche der zuständigen Stelle für die baufachtechnische Zuwendungsprüfung beim Senator für Finanzen zugesendet. Es ist davon auszugehen, dass die Prüfung der Unterlage EW-Bau eine Bearbeitungszeit von zwei bis drei Monaten in Anspruch nimmt, sodass mit der Vorlage der geprüften Planungsunterlage EW-Bau noch im Jahr 2020 zu rechnen ist.

Zu Frage 2: Die Ergebnisse der Planungen der Leistungsphasen eins bis drei liegen mit insgesamt 11,5 Millionen Euro circa 15 Prozent über der ursprünglichen Kostenannahme von rund 9,7 Millionen Euro. Über eine Finanzierung der Umsetzungskosten und eine Aufteilung auf verschiedene Mittelgeber wurde noch nicht entschieden.

Zu Frage 3: Für die Realisierung der Leistungsphasen vier und fünf sind im Haushalt 2020/2021 weitere Mittel in Höhe von rund 400 000 Euro im Rahmen einer Förderung durch die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur vorgesehen. Die Beantragung und Bewilligung dieser Mittel wird aktuell vorbereitet. Die Planungen sollen bis Mitte 2021 erarbeitet werden. Die Finanzierung der Gesamtkosten erfolgt zu 75 Prozent über GRW-Mittel. Die GRW-Mittel werden jeweils hälftig vom Bund und vom Land Bremen bereitgestellt. 25 Prozent der Gesamtkosten werden von der Stadt Bremerhaven als kommunaler Anteil bereitgestellt. Es ist für die Umsetzung der Maßnahme vorgesehen, die erforderlichen Mittel in den Haushalten 2022 fortfolgende anzumelden. Parallel wird die Möglichkeit einer GRW-Finanzierung geprüft. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Raschen (CDU): Sie haben einmal gesagt, dass es **Kostensteigerungen** gebe, aber dass noch nicht besprochen sei, wie die aufgeteilt werden sollen. Können Sie beantworten, wann mit einer Eröffnung der Ausstellung zu rechnen ist?

Staatsrat Cordßen: Die 9,7 Millionen Euro, die beim Beginn der Planungen geschätzt wurden, sind – das ist wichtig – tatsächlich ein Schätzwert. Insofern ist erst einmal die Bewertung, dass das, wenn wir jetzt nach den ersten fundierten Berechnungen bei den ersten Planungen mit 11,5 Millionen Euro circa 15 Prozent darüber liegen, schon einmal eine ziemlich genaue Schätzung war.

Da bisher tatsächlich nur die Planungskosten auch in die Haushalte eingestellt werden, sind die Gesamtumsetzung und die Gesamtfinanzierung der Umsetzung dieser Maßnahme dann in den folgenden Haushaltsberatungen zu besprechen. Ich habe gerade dargelegt, wie die Mittelaufteilung funktioniert. Wird das über GRW-Mittel gemacht, dann haben wir sozusagen einen Anteil von 75 Prozent, den sich Land und Bund entsprechend teilen, und einen 25-prozentigen kommunalen Anteil. Wir

werden alles daran setzen, dass wir die Gesamtfinanzierung aus diesen GRW-Mitteln hinkriegen.

Vizepräsidentin Grotheer: Herr Raschen, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Raschen (CDU): Meine zweite Frage mit der **Eröffnung** ist nicht beantwortet worden.

Staatsrat Cordßen: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das liegt jetzt tatsächlich am Fortgang der weiteren Planungen. Wir treten jetzt ja in die Leistungsphasen vier und fünf ein und dann wird sich das, wenn man direkt in die Umsetzung geht, sicherlich sagen lassen, aber das ist zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh.

Vizepräsidentin Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Raschen (CDU): Aber in dieser Legislaturperiode bekommen wir das hin?

Staatsrat Cordßen: Wenn Sie das als Hoffnung und als Wunsch äußern würden, würde ich mich dem anschließen.

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Danke, Herr Staatsrat!

Anfrage 4: Wann kommt ein ezidisches Gemeindehaus in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Tuncel, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 14. September 2020

Herr Tuncel, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Tuncel (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anträge oder Voranfragen für baurechtliche Genehmigungen wurden seitens der ezidischen Gemeinde Bremen an bremische Baubehörden gestellt?
2. Wie viele davon wurden abgelehnt?
3. Wie kann der Senat die ezidische Gemeinde im Sinne eines erfolgreichen Abschlusses der jahrelangen Suche nach einem Gemeindehaus unterstützen?

Vizepräsidentin Grotheer: Die Anfrage wird von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer beantwortet.